

In dieser Sommer-Ausgabe EXTRA ANGEMERKT zu Themen, die im deutschen Wahlkampfgetöse vor dem 24. September 2017 nicht vergessen sein sollten.



1. ZUM KETTENRASSELN AN DER RUSSISCHEN GRENZE
2. ZUM ABRISS EINER UNGEWÜNSCHTEN -
3. UND AUFBAU EINER GEWÜNSCHTEN GESCHICHTE
4. ZUR THÜRINGEN-KOALITION
5. WO KABARETT AUF REALITÄT STÖSST

1. ZUM NATO-KETTENRASSELN AN DER RUSSISCHEN GRENZE

Nun wird es ernst. Mit dem Balkenkreuz am Kanonenturm sind Deutsche Panzer im NATO-Auftrag in Litauen, in Nähe der Russischen Grenze. Nach Clausewitz ist der Krieg die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln und dafür werden mit der Entsendung der Marienberger Soldatinnen und Soldaten sowie Panzer die Voraussetzungen geschaffen. Anstatt sich mit aller Entschiedenheit und mit einer klugen Diplomatie für die Beseitigung von Krisenherden einzusetzen, wird durch die gegenwärtige Koalitionsregierung Öl ins Feuer gegossen. Laut 2 + 4 Vertrag haben NATO-Truppen östlich der Elbe nichts zu suchen! Auch deutsche Politiker, Frank-Walter Steinmeier, schlossen mit dem gewählten Präsidenten der Ukraine, Wiktor Janukowytsch, ein Abkommen, um am nächsten Tag dem Mob auf dem Maidan zu applaudieren. Zwielfichtiger geht es nicht und dann heuchelt man Empörung über Reaktionen Moskaus. Gorbatschows Vorschlag für ein gemeinsames „Haus Europa“ wurde bewusst abgelegt, und dafür wird ein aggressives Verhalten gegenüber Russland an den Tag gelegt und die Wirtschaft schädigende Embargos verhängt. Da war der alte Bismarck weiter, der sich für stabilen Beziehungen Deutschlands zu Russland eingesetzt hat.

Matthias Schwander

Nato schickt Soldaten aus Sachsen an die russische Grenze

Nun wird es ernst. Deutsche Panzergrenadiere machen sich im NATO-Auftrag auf den Weg nach Litauen. Bis zu 600 Soldaten mit ihrer Kampftechnik beziehen Stellungen unweit der russischen Grenze.

Die Panzergrenadiere sind bereit für ihren Auftrag in Litauen. In der idyllischen Bergstadt Marienberg wurden die Soldaten im Beisein des sächsischen Staatsministers für Bundes- und Europaangelegenheiten und Chef der Staatskanzlei, Dr. Fritz Jaeckel, und des Brigadekommandeurs der Panzerbrigade 37, Brigadegeneral Ruprecht von Butler, in der Öffentlichkeit verabschiedet.

Verlegte Unvernunft

»Heut nicht rum, wenn's knallt!«
Serie von Friedenskundgebungen entlang des Wegs einer US-Panzerbrigade nach Osten

2. ZUM ABRISS EINER UNGEWÜNSCHTEN GESCHICHTE

In der Chemnitzer Zeitung Freie Presse vom 18. Juli 2017 äußerte sich die Oberbürgermeisterin Barbara Ludwig zu von ihr gewünschten Stadtentwicklung. "Das treibt mich um. Es gibt eine unüberwindbare Barriere - das Behördenhaus hinter dem Marx-Kopf. Es müsste abgerissen werden."



Zuerst kam das Veranstaltungszentrum FORUM weg

Im Jahr 2015, als in der Stadt der 25. Jahrestag der Rückbenennung nach Chemnitz begangen wurde, begann der Staatsbetrieb Sächsisches Immobilien- und Baumanagement (SIB) mit dem Abriss des Veranstaltungszentrum Forum, eines auch zur "Wende-Zeit" wichtigen Gebäudekomplexes der damaligen Bezirkshauptstadt. Für viele Chemnitzer ist es kein bloßer Abriss. Vielmehr ist darin ein weiteres Stück Geschichtsvergessenheit zu bemerken.

Bei den Feierlichkeiten anlässlich des 25. Jahrestages der Rückbenennung von Karl-Marx-Stadt in Chemnitz, erfuhren die Jüngeren kaum etwas von der Bedeutung der Stadt die den Namen gab, für einen in der Republik und auch in anderen Ländern nicht unwichtigen Bezirk. In der Freien Pressen vom 29. Mai 2015 war zu lesen: "Das Veranstaltungszentrum Forum erlebte in den vergangenen Jahren Disko-Partys und Debatten über Parteipolitik..."

Nein, es waren eben nicht nur Disko-Partys und Debatten über Parteipolitik, die im Veranstaltungszentrum FORUM stattfanden!



Im "Veranstaltungsforum der Bezirkshauptstadt / Wilhelm-Pieck-Straße/Karl-Marx-Allee" trat z.B. 89/90 auch der "Runde Tisch" des Bezirkes Karl-Marx-Stadt zusammen. (7/8Mal!) Und hier wurden auch – als die Bezirksstadt Karl-Marx-Stadt noch einen mit Dresden und Leipzig gleichgewichtigen Status hatte – nach der "Wende" sachsenweite neue Verbände gegründet, bis hin zum Sächsische Landesbauernverband, dem Genossenschaftsverband Sachsen Schulze- Delitzsch usw. und und ... Ja, alles Geschichte. Geschichte der Stadt und der ganzen Region!

Fühlt man sich in Chemnitz nicht zuständig und verpflichtet auf eigene Akzente in Sachen Denkmalpflege für eine frühere Bezirkshauptstadt und zur ganzen jüngeren Zeitgeschichte zu setzen? Heute reduzieren zwar mächtige Leute die Stadt gern auf "Stasi- Kaßberg" und schaffen sich ihre Denkmale nach Nützlichkeit. Und verlangen und bekommen hierfür beträchtliche Ressourcen.

Der Marx-Kopf ist und bleibt Aushängeschild der Stadt!

Im Interview mit der OB räumt diese den Abriss von unzähligen Gebäuden, darunter mehrheitlich Gründerzeithäuser, als Fehler ein und will sogleich wieder zur Tat schreiten. Wenn man ihrem vordergründigen Argument, der Beseitigung einer Sperre zur Belebung des Brühl folgt, dann muss man konsequenterweise auch in der zweiten Reihe das Funktionsgebäude der Oper schleifen, oder sollen die Schauspieler per Pedes das Opernhaus von ihren Garderoben aus erreichen? Im Übrigen beginnt der



Brühl an der Georgstraße und dorthin führen die Mühlenstraße sowie Straße der Nationen, die gedacht am Markt beginnt und direkt zum Schillerpark führt.

<<<<< Bild links

Mit Blick auf den Busbahnhof und Bahnhof steht zwar mit der künftigen Bibliothek der TU Chemnitz eine gewisse Aufwertung an, aber insgesamt ist das Areal wenig einladend und für Brühlbesucher kaum attraktiv. Gleiches kann man von der Mühlenstraße sagen, wo in

Größenordnungen abgerissen wurde und Leerstand zu verzeichnen ist. Der vorgeschlagene Abriss des Bürogebäudes wird das Problem der Brühlbelebung substantiell nicht lösen und gehört in die Kategorie blinder Aktionismus. Vor allem wird mit einem Abriss ein weiteres Markenzeichen der Stadt (der Denkmalschutz scheint auch obsolet) aufgegeben, so wie bereits die Marketingstrategie "Köpfchen für Chemnitz". Der Marx-Kopf ist und bleibt nationales und internationales Aushängeschild der Stadt! Die Vernachlässigung des Verantwortungsbereiches Stadtmarketing wurde auch als Fehler gewertet. Fügen wir keine weiteren hinzu! Die Stadt braucht innovative Konzepte die Vorhandenes sinnvoll nutzen und Neues zukunftsweisend ergänzen sowie erstehen lassen.

Raimon Brete, Chemnitz

Wenn die Oberbürgermeisterin von Chemnitz träumt

Warum darf die Oberbürgermeisterin von Chemnitz nicht mal träumen. Das Recht dazu darf man ihr nicht nehmen. Wenn sie daraus aufwacht, wird sie bemerken, nicht alle Träume werden Wirklichkeit. Erstens gehört das Gebäude dem Freistaat, der u.a. die Landesdirektion da unterbringen will, zweitens steht es unter Denkmalschutz und drittens braucht sie für solch einen gewaltigen Eingriff in die Bebauung der Innenstadt von Chemnitz nach 1970 einen Stadtratsbeschluss. Und viertens braucht es da die Stadtgesellschaft. - Wer glaubt, über eine sogenannte Stadtgestaltung und damit Belebung das Chemnitzer Brühl „Bilderstürmerei“ betreiben zu können und dies noch mit dem Argument, es würde sich ja nur um die ehemalige SED-Bezirksleitung und den Rat des Bezirkes handeln, der muss aus seinen Träumen unsanft geweckt werden.

Chemnitz will Europäische Kulturhauptstadt 2025 werden. Wäre prima. Aber dies nur, wenn sich auch das Stadtoberhaupt kulturvoll um die Geschichte der Stadt bemüht und die besteht eben nicht nur aus Gründerzeitvierteln, sondern auch aus Bauten aus der DDR. Hände weg davon.

Dietmar Berger, Chemnitz

Mit Forum Abriss städtebauliche Substanz vernichtet

Mit völligem Unverständnis habe ich die Äußerungen unserer Oberbürgermeisterin zum Abriss des Bürohauskomplexes an der Brückenstraße zur Kenntnis genommen. Schon wieder will sie in einen denkmalgeschützten Gebäudebestand eingreifen, nachdem schon über Jahre auch im Zentrum der Stadt abgerissen worden ist. Mangels kreativer Projekte glaubt Frau Ludwig, mit dem Abriss das Tor zum Brühl öffnen zu können. Der Abriss würde nachhaltig in das national und international bekannte Image der Stadt eine große Lücke reißen, aber wohl kaum zur Belebung des Brühls beitragen, um dessen erneutem Aufleben sich die Stadt nach Jahrzehnten Untätigkeit gerade kümmert. Wieso sollte das Gebäude im Wege stehen? Im Übrigen müssten die Bürger an leerstehenden Läden am und um den Standort (z.B. Straße der Nationen) vorbei. Wer will das.

Es gibt genug Lücken im Zentrum, die auf eine Bebauung warten und ein Gesamtkonzept dafür ist nicht erkennbar. Außerdem würden mit dem Abriss Arbeitsplätze in der City verloren gehen und die erhoffte und gewollte Innenstadtbelebung ad absurdum führen.

Schon mit dem Abriss des FORUM (war ein bedeutender kultureller und gastronomischer Komplex) wurde städtebauliche Substanz einfach vernichtet. Alternativlos? Der Stadt fehlt offensichtlich eine urbane Vision, die Altes und Neues sinnvoll verbindet und lebenswerte Räume schafft.

Matthias Schwander, Chemnitz

3. ZUR HULDIGUNG GEWÜNSCHTER GESCHICHTSABSCHNITTE

Eine vernünftige Idee

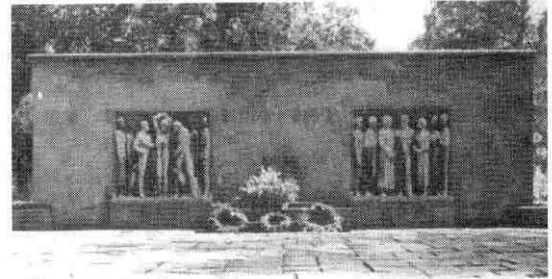


Wertvolle Grabmale auf dem Städtischen Friedhof sollen vor dem Verfall gerettet werden. "Sie gründeten Fabriken von Weltruf, legten die Grundsteine für bedeutende Sammlungen, prägten die Entwicklung von

Chemnitz zur Industriestadt..." so heißt es in der Zeitung (FP 17.7.2017) zu den Persönlichkeiten, die dort begraben sind. Dieses Kulturgut gilt es, der Nachwelt zu erhalten. Die Grünen wollen sich dafür einsetzen, dass ein zehnjähriges Programm mit jeweils 40 000 bis 50 000 Euro pro Jahr für die Sicherung der historischen Stätten aufgelegt wird. - Eine vernünftige Idee! Eine ähnlicher Vorschlag, aber in Hinblick auf die Bewahrung und Erhaltung von Denkmälern und Stätten zur Erinnerung und des Gedenkens an die Opfer der Faschistischen Diktatur von 1933 - 1945 in Chemnitz, wurde im Jahr 2010 vom Stadtrat mit großer Mehrheit abgelehnt.

Mahnmal im Park der Opfer des Faschismus

Stadtzentrum - Zschopauer Straße - Theresenstraße



Inscriptur Vorderseite: „Sie starben, damit ihr weiter lebt“

Rückseite: „Doch rufen von drüben die Stimmen der Geister die Stimmen der Meister: Versäumt nicht zu üben die Kräfte des Guten Hier winden sich Kronen in ewiger Stille, die sollten mit Fülle die Tätigen lohnen. Wir heissen euch hoffen.“
Goethe

Mehr als 2000 Chemnitzer Bürger fielen dem faschistischen Terrorssystem zum Opfer - Juden und Christen, Männer und Frauen des Widerstandes aus den Reihen der Kommunisten und der Sozialdemokraten.

Die Gedenkstätte, vom Bildhauer Hanns Diettrich gestaltet, wurde 1952 eingeweiht.

Jährlich, zum Gedenktag an die Opfer des Faschismus, am 27. Januar und dem Tag der Erinnerung, Mahnung und Begegnung, am 2. Sonntag im September, ehren Chemnitzer Bürger diese Opfer.

(Faksimile rechte Seite aus GEGEN DAS VERGESSEN / Chemnitzer Stätten der Erinnerung und des Gedenkens an die Opfer der faschistischen Diktatur von 1933 - 1945 / Herausgegeben vom Verband der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschisten e.V. Stadtverband Chemnitz, unter besonderer Mitarbeit von Johanna Günter)

Die ganze Misere der Erinnerungsindustrie

Zur Beratung über die weitere Zukunft und Vorgehensweise des Geländes der ehemaligen JVA Kaßberg (Erbaut im Jahre 1886 als königlich-sächsische Gefängnisanstalt) in Chemnitz haben sich die Sächsische **Ministerin Eva-Maria Stange, Stefan Wagner**, Leiter des Staatsbetriebes Flächenmanagement, und Landtagsabgeordnete der SPD **Hanka Kliese** und **Volkmar Zschocke** von den GRÜNEN



zusammengefunden. Dabei auch **Christian Bürger**, ein Vorstandsmitglied des Vereins Lern- und Gedenkort Kaßberg-Gefängnis. Das in einem Satz in einem Zeitungsbericht einer jungen Redakteurin so klar die Misere der heutigen Sächsischen Gedenk- und Erinnerungspolitik deutlich macht, kommt nicht oft vor. In einem Bericht der Freie Presse vom 30. Juni 2017 zitierte Jana Peters:

Bürger möchte möglichst noch vielen Menschen berichten, was sich in dem Gefängnis, das Drehscheibe des Freikaufs politischer Gefangener aus der DDR durch die BRD war, ereignete.

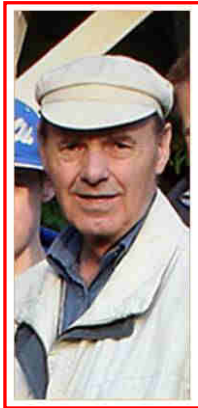
Wie in der Zeitung ausgeführt, berichtet Herr Bürger den Besuchern von seinem Weg ab hier in seine Freiheit. -

Es ergibt sich die Frage: Und wer berichtet fortan von den dort gefangenen Antifaschisten, von den später Am Hutholz ermordeten sieben Männern, Wer nennt die Grausamkeiten der Nazi-Verbrecher, die dort auch nach 1945 einsaßen und denen dort der Prozess durch die DDR-Justiz gemacht wurde?

Wird dieses Erinnern einem mittellosen Ehrenamt überlassen? Endet hier die Wirkung der Sonntagsreden zur Auseinandersetzung mit dem Naziregime, oder wie nun gesagt wird, mit dem Nationalsozialismus? - Leider auch eine Frage, die sich manch geschichtsinteressierte Linke vorlegen müssten. Linke, die etwas blauäugig an die Gerechtigkeit des Zeitgeistes glaubten. Ein Geist, der das Gefühl der unangefochtenen Überlegenheit verbreitet und ihm gestattet einzig in seinem Sinne zu richten. Und den Beteuerungen von Erinnerungspolitischen Sprechern der SPD und GRÜNEN vertrauten. Und nun zusehen müssen, wie alle Maßstäbe über Bord gehen und hinter der Berichterstattung des Vereins die Taten der Faschisten verblassen. Gleichgültig sollte es keinen lassen.

Das Schlimmste ist die Gleichgültigkeit!

so der große Antifaschist Stephan Hessel (1917-2013), zu den zwei Ausfassungen von Geschichte.



**Kommentiert
Der Umgang mit dem Erbe**

Um es klar zu sagen: Das bereits im Jahre 1886 als königlich- sächsische Gefängnisanstalt erbaute Gefängnis gehört zu unser aller Erbe! Die ehemalige JVA Kaßberg gehört zu unserem allen Erbe. Es gibt kein fremdes Leid. Keine

Rechtfertigung von Unrecht und Vergehen. Es hat immer die ganze Wahrheit zu gelten. Und das gegenwärtig politische Sachsen lässt es sich auf dem Kaßberg auch was kosten, finanziell, personell und materiell. Ganz zu schweigen von einer medialen Wucht einer Stasi- Unterlagenbehörde. Die, wie die Sherpas, die die Expeditionen als Träger begleiten, immer mit Akten- "Weisheiten" zur Stelle ist.

Sind Fragen zum Umgang mit dem Erbe erlaubt oder gewünscht?

In Sachsen herrscht eine Schiefelage der Erinnerungspolitik. Im Zusammenhang damit hat sich der Freundeskreis wiederholt an die Meinungshoheiten in Stadt und Land gewandt. - Ohne Echo! Keine Antwort! Nicht mal abgespeist mit einer Ablehnung von der für Erinnerungskultur zuständigen SPD-Frau im Landtag, Hanka Kliese, oder von der Chemnitzer Oberbürgermeisterin Frau Barbara Ludwig. Welch Hochmutmacht macht sich breit. Uns bleibt zu fragen: Wie viel Demokratie geht verloren, wenn der erinnerungspolitische Streit nicht mehr stattfindet? Was geschieht mit einer Gesellschaft, in der die wichtigen Konflikte scheinbefriedet sind, in der sich politische Differenzen nur noch in Detailfragen zeigen, wo doch noch Visionen zu vernehmen sind, ein medial getriebener Furor abweichendes Denken vorsorglich dämonisiert wird?

Welche Rolle können Zeitzeugen bei der Vermittlung von Geschichte spielen? Zeitzeugen, wie z.B. der Herr Jahn nun einen an die 1. Stelle einer Kaßberg- Broschüre stellt? (Siehe Seite 6)

Auch der griechische Historiker Thukydides, dessen Darstellung des Peloponnesischen Krieges als Meilenstein der Geschichtsschreibung gilt, konnte nur das berichten, was er selbst gesehen und andere ihm erzählt hatten. Ein solches Vorgehen sei mühsame Arbeit gewesen, schrieb er, da »die Zeugen der einzelnen Ereignisse nicht dasselbe über dasselbe aussagten, sondern je nach Gunst oder Gedächtnis«.

Historiker Prof. Dr. Kurt Pätzold (1930-2016): Es erinnert an eine Beobachtung Heinrich Heines: "Seltsame Grille des Volkes! Es verlangt seine Geschichte aus der Hand des Dichters, nicht aus der Hand des Historikers." "Fernseh- und Kinoproduktionen erreichen Millionen Zuschauer. Die meisten leitet Unterhaltungsinteresse, das von der „trivial-unterhaltsamen Aufbereitung des Katastrophenstoffes“ sicher bedient und von den Produzenten zur Rechtfertigung eines intellektuell anspruchslosen, sich vor allem der Frage nach dem Warum und Woher verweigernden Blicks in die Vergangenheit benutzt wird. ...

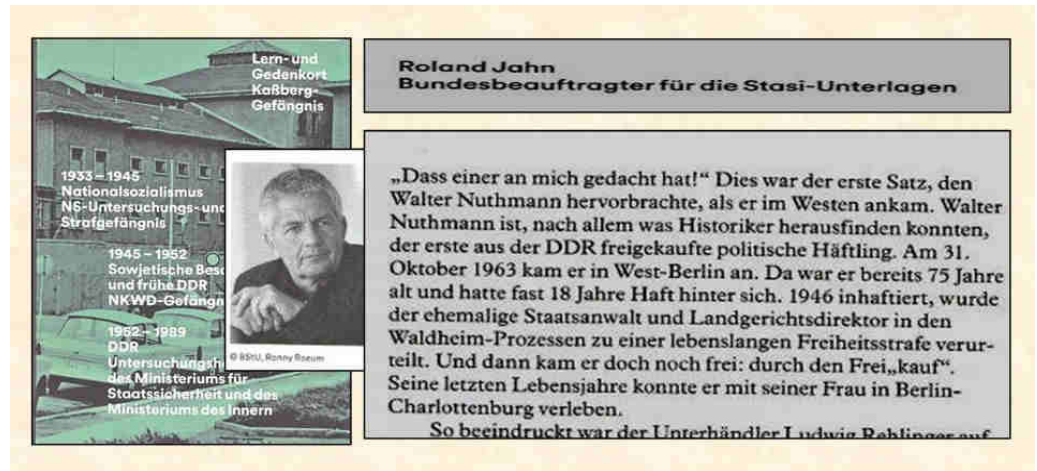
Vor allem Schüler sind geneigt, Zeitzeugen als die "besseren Historiker" anzusehen. Das kann problematisch ein, schrieb kürzlich der Journalist Martin Koch. In einer Studie der Universität Tübingen hieß es: Denn die von ihnen präferierten Zeitzeugen waren allesamt einstige "erfolgreiche DDR-Oppositionelle". Ob eine solche Auswahl geeignet ist, Schüler die Komplexität der historischen Prozesse im Herbst 1989 zu vermitteln, darf bezweifelt werden. Dem Erbe verpflichtet bleibt man nicht, wenn im Hass alle Maßstäbe verloren gehen.

Der Zeitgeist mag eine große, aber eine zuverlässige Macht bei der Geschichtsvermittlung kann er nicht sein.

Paul Jattke

Zu Jahns Zeitzeugen

Zur sogenannten Museumsnacht im Mai 2017 in Chemnitz wurde vom Verein Lern- und Gedenkort Kaßberg in Chemnitz eine Broschüre herausgegeben. Darin auch ein Vorwort von Roland Jahn, Leiter der Bundesbehörde für die Unterlagen der Staatssicherheit der DDR. Mit einem Beispiel für den derzeitige Einsatz von Zeitzeugen?



Der Historiker Dietmar Wendler:
Die Broschüre über das Kaßberg-Gefängnis zielt weiter auf die Delegitimierung der DDR



Nach der Museumsnacht in Chemnitz habe ich unmittelbar die Broschüre über den Lern- und Gedenkort Kaßberg-Gefängnis Chemnitz mir inhaltlich angesehen. Mich hat der Einstieg in das Vorwort, welches Herr Jahn, Leiter der BStU, schrieb, stark verwundert. Die Formulierung des ersten Satzes ist wie folgt:

„Dass einer an mich gedacht hat!“ Dies war der erste Satz, den Walter Nuthmann hervorbrachte, als er im Westen ankam. Walter Nuthmann ist, nach allem was Historiker herausfinden konnten, der erste aus der DDR freigekaufte politische Häftling. Am 31. Oktober 1963 kam er in West-Berlin an. Da war er bereits 75 Jahre alt und hatte fast 18 Jahre Haft hinter sich. 1946 inhaftiert, wurde der ehemalige Staatsanwalt und Landgerichtsdirektor in den Waldheim-Prozessen zu eine lebenslangen Freiheitsstrafe verurteilt. Und dann kam er doch noch frei: durch den Frei„kauf“. Seine letzten Lebensjahre konnte er mit seiner Frau in Berlin-Charlottenburg verleben.“

Wer wird hier beschreibt vom Herrn Jahn? - Wer ist der beschriebene "Zeitzeuge"?

Herr Nuthmann hat bis zum 8. Mai 1945 als Jurist Urteile mit gefällt, die auf der Grundlage des von Freisler neugefassten Paragraphen im StGB zu Mord im Dritten Reich 1943 erfolgten. Er hat beim Kammergericht Berlin für ca. 100 Bibelforscher wegen Wehrkraftzersetzung Zuchthaus- und Todesstrafen beantragt.

Siehe dazu auch die Dokumentation dazu in Skiba/Stenzel Im Namen des Volkes / Edition Ost / Auszug umseitig

Als Historiker muss ich mich an Fakten halten. Diese Person Nuthmann hat bis zur letzten Minute Urteile zur Aufrechterhaltung des NS-Systems gefällt. Das produzierte Persil reicht auch heute nicht aus, um ihn sauber zu waschen. **Für mich fällt die Person Nuthmann unter die Kontrollratsgesetze der Alliierten, auf deren Grundlage Nazi- und Kriegsverbrecher zu verurteilen waren. Oder bin ich mit meiner Meinung im Unrecht?**

Herr Jahn hätte wissen können, wen er mit der Person Nuthmann an Stelle 1 positioniert! - Wenn er nur die Skiba/Stenzel- Forschungen in seinem Akten-Archiv nicht ignorieren würde.

Ich weiß aus meiner jahrzehntelangen Forschung zu dieser Zeit in Chemnitz und der Amtshauptmannschaft Chemnitz, dass die Quellenlage durch Kriegseinwirkungen und mehrerer Vernichtungsaktionen (Altpapiergewinnung während des Zweiten Weltkrieges, der die Unterlagen der Polizeireviere bis 1940 zum Opfer fielen, sowie den Vernichtungen 1945 von Unterlagen, damit den Alliierten nichts in die Hände fallen konnte) sehr dürrig ist!

Objektive Betrachtung verlangt

Generell trifft für die Zeit vor und nach 1945 bis zur Schließung des Kaßberg-Gefängnisses zu, dass in dieser Haftanstalt Personen inhaftiert waren, die nach den jeweils geltenden Gesetzen verurteilt wurden waren, wegen politischen, kriminellen oder sonstigen Delikten.

Eine Besonderheit 1933/34 waren die vielen politischen

Schutzhäftlinge, Gegner der Nazis! Ebenso waren Homosexuelle, Frauen, Asoziale, Christen beider Konfessionen, Bibelforscher, jüdische Bürger... inhaftiert, deren Anzahl und Namen sich heute nur noch vereinzelt nachweisen lassen können. Während des zweiten Weltkrieges wurden verstärkt Personen in Haft genommen, die Solidarität mit Zwangs-, Ost- und Westarbeitern, Kriegsgefangenen, besonders mit sowjetischen Kriegsgefangenen, und Ende 1944 bis April 1945 mit KZ-Häftlingen übten. Im Herbst 1944 gab es nochmals eine große Verhaftungswelle von politischen Personen, ehemalige Mitglieder der KPD, SPD, Gewerkschaftler ..., die auch durch aktive Widerstandsarbeit in den Betrieben und nicht selten gemeinsam mit den ausländischen Arbeitskräften denunziert bzw. verraten wurden. Zu ihnen gehörten auch die Hutholzopfer!

Bei aller Konzentration auf den Freikauf von Häftlingen aus der DDR durch die BRD auf die letzte Haftstation für diesen Personenkreis, dem Kaßberg- Gefängnis in Karl-Marx-Stadt, sollte diese JVA objektiver betrachtet werden, den Neubau der JVA Reichenhainer Straße nicht vergessen, denn beide Objekte unterstanden dem Ministerium des Innern.



Im Buch „Der Häftlingsfreikauf aus der DDR 1962/63-1989“ wird dagegen von Jan Philipp Wöbert beispielhaft Walter Nuthmann als rechtswidrig Verurteilter aufgeführt.



Skiba/Stenzel: Im Namen des Volkes

24. Justizverbrechen – Nr. 2024

Der Angeklagte WALTER MORITZ NUTHMANN, geb. am 22. März 1888 in Gübe / Jerichow, wohnhaft gewesen in Klein Rodensleben, wurde am 22. Mai 1950 zu lebenslanger Haft verurteilt. Der Verurteilte wurde zum 18. Dezember 1963 aus der Strafhafthaus entlassen.

Der Verfahrensgegenstand betraf seine Tatbeteiligung an der Strafverfolgung einer Gruppe von circa 100 Bibelforschern wegen Wehrkraftersetzung und die Beantragung von Zuchthaus- und Todesstrafen. Der Angeklagte war bis 1945 beim Kammergericht Berlin als Staatsanwalt beschäftigt. Im Jahre 1944 nahm er, nachdem er in den verschiedensten staatsanwaltschaftlichen Dezernaten gearbeitet hatte, einen Sonderauftrag wegen Wehrkraftersetzung an, welcher sich gegen circa 100 Bibelforscher richtete. Er fasste Anklagegruppen zusammen und vertrat teilweise selbst die Anklage. In diesem umfangreichen Prozess beantragte er vier Todesurteile, von denen zwei vom Gericht bestätigt wurden. In den übrigen Verfahren wurden Freiheitsstrafen ausgesprochen. Zu seiner Entlastung machte Nuthmann geltend, dass er als Staatsanwalt weisungsgebunden gewesen sei und dass er den Weisungen seines Generalstaatsanwaltes habe Folge leisten müssen. Das wurde strafmildernd berücksichtigt, und das Gericht ist dem Antrag der Anklagevertretung auf Todesstrafe nicht gefolgt.

Gerichtsentscheidung: LG Chemnitz am 22. 5. 1950

Ermittlungs- und Gerichtsverfahren gegen NS-Verbrecher, S. 105

4. Über DIE LINKE in Thüringen



Interview mit Johanna Scheringer-Wright über DIE LINKE in Thüringen

"So eine Regierungsbeteiligung schadet der Partei"

Seit 2014 regiert in Thüringen eine rot-rot-grüne Koalition und DIE LINKE stellt mit Bodo Ramelow erstmals einen Ministerpräsidenten. Johanna ist Mitglied der Landtagsfraktion in Thüringen und Mitglied im Parteivorstand der LINKEN. Als Stimme gegen den Kurs der Regierung hat sie zuletzt die Zustimmung zum Bund-Länder-Gesetz und damit der Wegbereitung für die Autobahnprivatisierung scharf verurteilt.

Am 2.Juni haben die Vertreter der rot-rot-grün geführten Bundesländer im Bundesrat einer Grundgesetzänderung, die die Privatisierung von Autobahnen ermöglicht, zugestimmt, während DIE LINKE im Bundestag geschlossen dagegen stimmte. Gerechtfertigt wird das damit, dass man durch die Kopplung des Gesetzes mit dem Länderfinanzausgleich erpresst worden wäre. Warum ist dieses Argument nicht haltbar?

Johanna Scheringer-Wright: DIE LINKE ist gegen die Autobahnprivatisierung, sie ist grundsätzlich gegen alle Privatisierungen. Die Partei hatte sich vorab darauf geeinigt, dass sich die Landesregierungen mit linker Beteiligung im Bundesrat enthalten sollten, wenn es misslingt, den Vermittlungsausschuss anzurufen, um die Kopplung von verschiedensten Grundgesetzänderungen zu verhindern. Nicht nur Bodo Ramelow behauptet jetzt, dass eine Enthaltung nicht möglich war, da man damit den Länderfinanzausgleich gefährdet hätte.

Das ist eine katastrophale Fehleinschätzung, es wäre nicht auf die Stimmen der Regierungen mit der LINKEN angekommen. Außerdem ist es falsch, das Eine für das Andere zu opfern. Das zeigt: Es ging nicht um die Erpressung, sondern darum, dass es den Ministern der r2g-Ländern wichtiger war, vor den anderen Parteien gut dazustehen und sich neben den neoliberalen Ministerpräsidenten einzureihen, als die Grundsätze der Partei zu vertreten.

Wie sieht momentan die Abschiebep Praxis in Thüringen aus? 2016 ist ja zum Beispiel die Zahl der Abschiebungen aus Thüringen im Vergleich zum Vorjahr gestiegen.

Im ersten Jahr der Regierung gab es noch den Ansatz, im Rahmen der Gesetze so wenig wie möglich abzuschieben. Es gab einen Winterabschiebestopp, der dann allerdings nach dem ersten Winter wieder ausgesetzt wurde. Ab 2015/2016 hat sich dann im Schlepptau des Aufstiegs der AfD, der rassistischen Demonstrationen von Thügida und AfD und der rassistischen Politik der Bundesregierung, der Verschärfung des Asylrechts etc. auch die Politik in Thüringen nach rechts verschoben. Obwohl die LINKE immer gegen Abschiebungen gekämpft hat, war jetzt allgemein und auch vom grünen Migrationsminister die Rede davon, dass man ja nicht alle Geflüchteten aufnehmen könne, und dass man nicht Schlusslicht bei der Anzahl der Rückführungen und Abschiebungen unter allen Bundesländern sein wollte. Anstatt stolz darauf zu sein, möglichst keine Abschiebungen durchzuführen, wurde schleichend, aber konkret wieder mehr abgeschoben.

Wie groß ist die innerparteiliche Kritik in Thüringen an der Regierung und an Bodo Ramelows Kurs?

Nach der Regierungsbildung gab es massive innerparteiliche Kritik und eine Austrittswelle, die immer noch anhält. Trotz einiger Neueintritte hat die Partei in Thüringen jetzt 600 Mitglieder weniger als 2014. Wenn die größten KritikerInnen austreten, dann macht sich das natürlich schwer bemerkbar in der Partei. Es gibt kaum noch offene Kritik, der Landesvorstand ist fast schon paralysiert. Ohne die Kommunistische Plattform würde es auf Parteitag fast keine Debatten geben. Das ist sehr besorgniserregend und hat nichts mit einer linken, lebendigen, demokratischen Partei zu tun. Diejenigen, die Kritik üben, werden massiv gemobbt und durch Tricks ausgeschlossen. Ich werde zum Beispiel dazu aufgefordert, mein Mandat im Landtag zurückzugeben, weil mir die Politik der Regierung nicht passt. Viele trauen sich natürlich unter solchen Umständen nicht, laut ihre Meinung zu sagen.

War deiner Meinung nach der Eintritt in die Regierung in Thüringen richtig? Und was wäre die Alternative zu einer Beteiligung der LINKEN an Landesregierungen?

Unter den gegebenen Bedingungen, die sich die LINKE in Thüringen hat diktieren lassen, war der Eintritt in die Landesregierung falsch. So eine Regierungsbeteiligung schadet der Partei. Wenn wir Kernpositionen aufgeben, dann sind wir keine antikapitalistische Partei mehr. In Thüringen gibt es weiterhin Unterrichtsausfall und Lehrermangel, die Schuldenbremse wird akzeptiert, es wird weiter abgeschoben, Linke (auch Mitglieder der LINKEN) werden vom Verfassungsschutz überwacht. Die Regierung fällt nicht nur weit hinter einem linken Anspruch zurück, sondern sogar hinter dem des Koalitionsvertrages. Unabhängig davon, ob es seit 2014 einige kleine Verbesserungen gab, ist die Frage immer, ob diese nicht auch aus der Opposition heraus hätten erkämpft werden können. Als Opposition könnte die LINKE viel besser Druck von unten, zum Beispiel gemeinsam mit Gewerkschaften machen, um so die gesellschaftlichen Verhältnisse zu verändern.

Das Interview führte Sarah Moayeri / LINKE 22. Juli 2017

5. WO KABARETT AUF REALITÄT STÖSST



Gut, das es da noch gutes politisches Kabarett gibt

»Die Einschläferungstaktik der Bundeskanzlerin hat die öffentliche Arena der Bundesrepublik Deutschland in ein verbarriadiertes Depot für persönliche Befindlichkeiten verwandelt. Man ist gern im Reich des kleineren Übels.« - so formulierte kürzlich ein Journalist. Und die Presse, die sich auch als "Medium der Aufklärung" darstellt, ist gern dabei. Der Philosoph Jürgen Habermas drückte das 2015 in der »Süddeutschen Zeitung« so aus: »Zur postdemokratischen Einschläferung der Öffentlichkeit trägt auch der Gestaltwandel der Presse zu einem betreuenden Journalismus bei, der sich Arm in Arm mit der politischen Klasse um das Wohlbefinden von Kunden kümmert.« Wollen die Kunden lieber Gefühle statt Argumente, dann bekommen sie das auch. -

Wie gut, das es da noch gutes politisches Kabarett gibt!



F.J. Strauß bei SCHLEICH- Fernsehen am 29. Juni 2017 im BR mit einer etwas anderen Erinnerungs-Rede an den "Kanzlers der Deutschen Einheit" und seine Anbeter

Der begnadete Kabarettist Helmut Schleich betritt aus himmlischen Himmel als F. J. Strauß (6. September 1915 - 3. Oktober 1988) die Bühne. Und verbreitet sich zu Kohl in seiner bekannten bayrischen Art zum damaligen Rivalen und nun verstorbenen "Kanzler der Deutschen Einheit"

Text "Strauß":

Also ich bin da wirklich der Letzte, der der Nüchternheit das Wort reden will. - Aber swenn ich mir anschau wie, die Oggersheimer Polit- Strickjacke Kohl von den Vereinigten Schmierraten der Deutschen Einheit ins Jenseits geweihräuchert wird, da muss ich mal feststellen: Nüchtern betrachtet, war doch den seine Wiedervereinigung nichts anderes wie der Aufkauf deutscher Nahostgebiete zum politischen Vorteil eines übergewichtigen Oggersheimers mit dem Geld das einfach nicht da war, nowar.

Da hat doch die DDR- Opposition noch gar nicht richtig angefangen an ihrer Revolution zu basteln. Da hat der Kohl schon mit Teltschik, zufällig Bundeskanzler, der Kohl, Schäuble, Seiters & Co. An der innerdeutschen Grenze gelauert wie die Rattenfänger von Bonn, um aus dem Osten eine Bananenrepublik zu machen.

„Kanzler der Einheit“ - Saudummes Geschwätz! - Na der war da zufällig Bundeskanzler Kohl, als die Mauer gefallen ist. Da war er doch ohnehin schon mit seiner nur peripher ausgeprägten politischen Weisheit längst am Ende. - Nowar, als ihm der Ball der Wiedervereinigung vor die Füße gerollt ist. Da hätte doch jeder Trottel den Ball ins Tor gebracht.

„Kanzler der Einheit“- „Kanzler der Einheit“- „Kanzler der Einheit“- War nichts anderes als ein Wahlkampf- Slogan der CDU!

„Kanzler der Einheit“ war doch der, der 1989 mit Kugelschreiber und Deutschlandfahnen in den Osten gefahren ist, sich vor der Dresdener Frauenkirche sich ,mit Helmut, Helmut – Rufen hat bejubeln lassen um sich denen den Weg zu ebnen, die sich an der überhasteten Wiedervereinigung einen goldenen Arsch verdient haben, und Menschen in Ostdeutschland beschissen haben.

Und dafür kriegt der von der Deutschen Post auuch noch eine Briefmarke mit seinem Konterfei. Da kann ich nur sagen: Zum Glück gibt's heute E-Mail.

Zudem hat er ja zu allem Überfluss auch noch die Frechheit besessen, seine Deutsche Einheit auf meinen 3.Oktober gelegt. - So was gibt es ja in keinem zivilisierten Land der Erde, dass der Todestag seines bedeutendsten Politikers mit Feuerwerken begangen wird.

Wenn sie in meiner CSU heute nur noch einen Funken Anstand im Leibe hätten, da würden sie nicht nach Straßburg zu dem Gedenkakt für Kohl daggeln. Da würden sie dem Kohl mit gleicher Münze heimzahlen und per Dekret Oktoberfest, Fränkische Fastnacht, Noggerberg, Nürnberger Christkindelmarkt, Neujahrsspringen, Maibaumsetzen... und alles was es in Bayern sonst noch zu feiern gibt, auf seinen Todestag legen. Newahr!

Ist doch wahr. ... Auge in Auge – Zahn in Zahn. Den kauf ich mir jetzt, den Pfälzer Politsaumagen.

Dann unter Beifall des Publikums, Abgang von "Strauß" in seinen nebulösen Himmel.

F.J. Strauß (alias Helmut Schleich) Zu Gast bei SCHLEICH- Fernsehen (im BR am 29.6.2017)

EXTRA ANGEMERKT für den Freundeskreis Neue Zeit Geschichte Chemnitz

